

Bericht

des Bildungs-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Weitgasser, Klubobmann Egger MBA und Zweiter Präsident Dr. Huber (Nr. 324 der Beilagen) betreffend Einberufung in Berufsschulen

Der Bildungs-, Sport- und Kulturausschuss hat sich in der Sitzung vom 11. März 2020 mit dem Antrag befasst.

Abg. Weitgasser erinnert eingangs daran, dass die Politik dafür da sei, Rahmenbedingungen für ein gutes Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Es sei für sie daher wichtig, im direkten Kontakt die Anliegen der Bevölkerung zu erfahren. So sei ihr beispielsweise von einem Bäcker in einer Tourismusgemeinde im Pongau geschildert worden, dass dessen Lehrlinge genau zur touristischen Hauptsaison in die Berufsschule einberufen worden seien. Gerade im letzten Lehrjahr seien die Lehrlinge jedoch eine wichtige Stütze des Betriebes und müssten bei deren Abwesenheit gelegentlich sogar Ersatzkräfte eingestellt werden. Da dieses Beispiel aus der Praxis kein Einzelfall sei, hätten sich die NEOS dazu entschlossen, einen Antrag einzubringen, der darauf abziele, dass bei der Einberufung in die Berufsschule mehr Augenmerk auf die Bedürfnisse der Arbeitgeber gelegt werden solle. Die NEOS stünden voll hinter dem System der dualen Ausbildung und unterstützten auch die Bestrebungen Salzburgs, das lehrlingsfreundlichste Bundesland zu werden. Es müsse alles unternommen werden, um die ausbildenden Betriebe zu unterstützen und zu motivieren, Lehrlinge auszubilden und damit die Lehre mit Zukunft zu schaffen. Seitens des Landes seien schon viele Maßnahmen getroffen worden, wie zB Karrierecheck etc. Dazu gehöre auch die vermehrte Berücksichtigung der Bedürfnisse der Unternehmen im Hinblick auf die Berufsschultermine. Andernfalls bestehe die Gefahr, dass anstelle von Lehrlingen vermehrt auf Hilfskräfte gesetzt werde, welche nicht in der Hochsaison die Berufsschule besuchen müssten. Den NEOS gehe es nicht um Kritik an den Berufsschulen, sondern um eine Prüfung, ob es nicht noch da und dort Verbesserungsmöglichkeiten bei der Terminplanung gebe.

Abg. Mag.^a Jöbstl ist der Ansicht, dass die Lehrlingsausbildung zweifelsohne ein Erfolgsmodell sei, dass auf die beiden Standbeine der betrieblichen und der schulischen Ausbildung gleichermaßen aufbaue. Natürlich sei es immer gut, zu prüfen, ob man für Lehrlinge, Betriebe und Schulen weitere Verbesserungen herbeiführen könne. Ihres Wissens nach fänden bereits jetzt umfangreiche Abstimmungen zwischen den Berufsschulen und den Innungen der Wirtschaftskammer statt. Sie ersucht hierzu um Expertenauskunft, wie diese Abstimmungen vor sich gingen. Die ÖVP werde dem Prüfantrag zustimmen. Man müsse sich aber darüber im Klaren sein, dass es aufgrund der unterschiedlichen Bedürfnisse der heimischen Betriebe, nie möglich sein werde, allen gerecht zu werden.

Abg. Heilig-Hofbauer BA verweist auf ein Gespräch mit einem Berufsschuldirektor, in dem ihm dieser versichert habe, dass man sich so gut wie möglich mit der jeweiligen Innung abstimme, um die Betriebe zu unterstützen. Es werde aber immer Betriebe geben, für die der Zeitpunkt der Schuleinberufung gerade nicht passe. In Richtung Bildungsdirektion und Wirtschaftskammer fragt er nach, wo von deren Seite noch Verbesserungspotential in der Abstimmung gesehen werde.

Abg. Rieder stellt vorab fest, dass die FPÖ dem Antrag zustimmen werde, da die Prüfung von Verbesserungsmöglichkeiten jedenfalls zu begrüßen sei. Kritisch anzumerken habe er jedoch, dass der Antrag den Anschein erwecke, dass die Berufsschule nur zur Vermittlung des theoretischen Hintergrundes und zur Vertiefung des Allgemeinwissens diene. Dies lasse aber völlig außer Acht, dass in den Berufsschulen auch in großem Umfang praktische Kenntnisse vermittelt würden. Für das Halten der hohen Ausbildungsqualität in den Lehrberufen sei die praktische Wissensvermittlung in den Berufsschulen unerlässlich. Der hohe Standard im Beruf Koch/Kellner wäre etwa nicht denkbar ohne den entsprechenden praktischen Unterricht im Kochen oder Servieren wie er beispielsweise an der Berufsschule in Obertrum erfolge. Nicht jeder Betrieb könne die Lehrplaninhalte zur Gänze selbst vermitteln. Die Berufsschule sei daher zur Komplettierung der Berufsausbildung nicht verzichtbar und leiste wertvolle Ausbildungsarbeit. Der Antrag erwecke den Eindruck, dass für die Betriebe die Berufsschulzeiten das entscheidende Kriterium seien, ob Lehrlinge aufgenommen würden oder nicht. Dies sei seiner Ansicht nach nicht zutreffend.

Abg. Mösl MA ist auch der Meinung, dass der duale Ansatz in der Lehre wichtig und wertvoll sei. Die schulische Ausbildung sei daher kein Beiwerk, sondern essenzieller Bestandteil der Lehrausbildung. Es werde nicht nur Allgemeinwissen, sondern sehr viel fachspezifisches Wissen und auch praktische Kenntnisse vermittelt. In ihrem Wissen bemühten sich die Berufsschulen sehr darum, eine zufriedenstellende Lösung zu finden. Es werde aber nicht möglich sein, jedem gerecht zu werden.

Ing. Mag. Kastner (Bildungsdirektion) schildert, dass die Planung der Lehrgangstermine für die Berufsschulen ein sehr komplexer Vorgang sei. Etwa im April bzw. Mai seien die Schülerzahlen für die ersten Jahrgänge absehbar. Auf der Grundlage dieser Zahlen gestalte man dann die Einteilungen und stimme sich für bestimmte Berufe noch zusätzlich mit den Innungen ab. Diese Abstimmungen erfolgten beispielsweise auch im Lehrberuf Bäcker. Der Grund hierfür liege darin, dass aufgrund der geringen Lehrlingszahlen nur eine Berufsschulklasse geführt werden könne. Da somit für Unternehmen ein Ausweichen auf einen anderen Lehrgangstermin nicht möglich sei, stimme die Bildungsdirektion den Berufsschultermin mit der Innung ab. Eine Lösung für die von Abg. Weitgasser geschilderte Problematik könne etwa darin liegen, dass mehr Betriebe Lehrlinge ausbilden. Wenn man zwei Klassen pro Jahrgang führe, habe man bei den Schulterminen mehr Flexibilität. Eine andere Möglichkeit sei von der Berufsschule Zell am See entwickelt worden. Dort habe man die geblockte Berufsschulzeit für Lehrlinge im Einzelhandel von gut neun Wochen auf zwei Blöcke zu je

viereinhalb Wochen aufgeteilt, um eine gewisse Entzerrung zu erreichen. Aus pädagogischer Sicht sei eine Aufteilung nicht unbedingt ideal, funktioniere aber in Zell am See derzeit recht gut. Aufgrund der breiten Palette an Lehrberufen komme es natürlich immer wieder zu Problemlagen bei Einberufungen. Wenn sich die Unternehmen rechtzeitig melden, seien die Berufsschulen aber stets bestrebt, eine gute Lösung zu finden. Auf die Frage von Abg. Rieder, ob man die Berufsschule für alle Lehrlinge an einem Termin abhalten könne, führt Ing. Mag. Kastner aus, dass dies die Kapazitäten der Berufsschulen massiv überfordern würde. Man werde sich in Zukunft vor allem im Bereich Kommunikation um Verbesserungen bemühen, damit die Betriebe Abwesenheiten besser planen und abfedern könnten.

Mag.^a Tischler (Wirtschaftskammer Salzburg) bestätigt, dass die Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion und den Berufsschulen bereits sehr eng sei. Es gebe Einzelfälle, die eine andere Beschulung bevorzugen würden, aber insgesamt laufe das derzeitige Modell recht gut. Leider gebe es bei den Bäckern - wie schon geschildert - die Situation, dass es nur sehr wenige Auszubildende gebe. Man bemühe sich in Abstimmung mit den Berufsschulen, die Termine für den Schulbesuch so früh wie möglich bekanntzugeben, was die Planungen in den Betrieben wesentlich erleichtere.

Landesrätin Hutter BEd streicht nochmals hervor, dass Salzburg bestrebt sei, das lehrlingsfreundlichste Bundesland zu werden. Das bedeute, dass man sich natürlich auch darum bemühe, für die Betriebe ideale Rahmenbedingungen zu schaffen. Man schaue daher, dass man die Berufsschulzeiten möglichst an die Bedürfnisse der jeweiligen Unternehmen anpasse. Es gebe guten Kontakt zwischen Berufsschulen und der Wirtschaftskammer. Da aber die Saisonabhängigkeit von Standort zu Standort verschieden sei, sei es schwierig, allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Die Landesberufsschulen vermittelten weit mehr als graue Theorie. Es gebe für alle Berufe entsprechende Praxisräumlichkeiten, die mit teilweise sehr kostspieligen Gerätschaften ausgestattet seien. Dieses Geld nehme man gern in die Hand, damit die duale Ausbildung auf allen Ebenen hochqualitativ sei. Sie schaue sich die Thematik der Berufsschultermine jedenfalls gerne noch einmal an. Sollte es noch Verbesserungsmöglichkeiten geben, werde man diese selbstverständlich aufgreifen.

Der Bildungs-, Sport- und Kulturausschuss stellt einstimmig den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird ersucht, gemeinsam mit den Berufsschulen zu prüfen, wie bei der Einberufung der Berufsschülerinnen und Berufsschüler zukünftig vermehrt die Bedürfnisse (zB saisonbedingte Arbeitsspitzen) der jeweiligen Arbeitgeber berücksichtigt werden können und dem Landtag darüber bis 30. Juni 2020 Bericht zu erstatten.

Salzburg, am 11. März 2020

Der Vorsitzende-Stellvertreter:
Heilig-Hofbauer BA eh.

Die Berichterstatterin:
Weitgasser eh.